Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 117. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag den 21. Mai 1925

Deutschlands Außenpolitik.

Zur großen Rede Dr. Stresemanns wird uns von parlamentarischer Seite geschrieben:

Überblickt man die Rede, die der deutsche Außenminister Dr. Stresemann im Reichstag gehalten hat, einmal im ganzen, so wird man ohne weiteres als das Erfreulichste daran feststellen können, daß der Ton doch um ein beträchtliches deutlicher, um nicht zu sagen schärfer geworden ist, als das bei früheren Verlautbarungen über die Wege der deutschen Außenpolitik der Fall war. Die Schärfe des Tones ist aber fast selbstverständlich, da die Art und Weise, in der Deutschland von der Entente, besonders von Frankreich, bei der Erörterung der Sicherheitsfragen, der Abrüstung und der Räumung der Kölner Zone behandelt wird, als immer unerträglicher bezeichnet werden muß. Gleich im Anfang hat Stresemann mit Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß der Londoner Pakt von Deutschland ausgeführt werden muß, doch nicht, weil die deutschen Zahlungen mit den Fragen der Gerechtigkeit oder der Schuld am Kriege etwas zu tun hätten, sondern weil sie uns durch die Übermacht der Sieger aufgezwungen sind. Gewiß werden sie und sollen sie ausgeführt werden, und Stresemann bezeichnete es als geradezu unerhört, daß es Leute in Deutschland gibt, welche die Räumung des Ruhrgebiets und des Sanktionsgebiets am 16. August als irgendwie gefährdet bezeichnen können. Denn wir haben die Verpflichtungen des Londoner Paktes ausgeführt; daher müssen die Verpflichtungen auch auf der Gegenseite erfüllt werden. Wiederum in starker Betonung: Sollte an dieser Auffassung irgendein Zweifel möglich sein, so sei man sich im Lager der Alliierten wahrscheinlich darüber völlig im klaren, daß die dadurch herbeigeführte Tatsache prinzipielle Folgen zeitigen müsse, die das bisher auf dem Wege der Verständigung Geschaffene illusorisch machen würde. Damit gibt Dr. Stresemann dem selbstverständlichen Standpunkt Deutschlands Ausdruck, daß in London nicht nur wir Verpflichtungen übernahmen, sondern auch die Entente.

Nach längeren Ausführungen über das Verhältnis Deutschlands zu den anderen europäischen und außereuropäischen Staaten und nach der grundsätzlichen Feststellung, daß bei allen Handelsvertragsverhandlungen für Deutschland zwei unabänderliche Gesichtspunkte maßgebend seien, nämlich die Gleichberechtigung und die Meistbegünstigung, ging Stresemann nun auf jene Probleme ein, deren Erläuterung mit besonderer Spannung erwartet war. Es ist eine Feststellung, aber eine notwendige, daß wir von normalen Friedensverhältnissen immer noch weit entfernt sind, daß jenseits unserer Grenzen immer noch die Geisteseinstellungen und die Methoden der Kriegszeit obwalten und daß man gar nicht daran denke, einem Kulturvolk von 60 Millionen auf die Dauer Achtung und Gleichberechtigung zuzusprechen. Und nun endlich nennt der Außenminister die Art und Weise, wie man aus jener Geisteseinstellung heraus verhandelt, endlich mit wirklichem Namen. Die Entwaffnungsnote — „Es ist wirklich schwer, keine bittere Satire zu schreiben. Fünf Monate lassen die Alliierten nichts von sich hören und behaupten trotzdem, daß die Verfehlungen Deutschlands auf der Hand lägen." „Eine unerhörte Art des Vorgehens" nennt der Außenminister diese Handlung der Entente. Dabei sei Deutschland ohne weiteres bereit, Restpunkte in der Abrüstung zu erledigen. Mit noch größerem Ernst wendet sich dann Dr. Stresemann gegen gewisse Kreise des Inlandes, die Beschuldigungen gegen die Reichsregierung in bezug auf die Durchführung der Entwaffnung erheben. Vor allem aber liegt eine unerhörte Unterstützung unberechtigter Ansprüche de Entente dain.

Der deutsche Außenminister geht noch weiter. Er stellt die dem Ausland doch wohl recht unbequeme Frage: Was wird denn nun eigentlich aus der allgemeinen Weltabrüstung, zu der die deutsche Abrüstung dem Wortlaut des Versailler Vertrages entsprechend nur die Vorleistung war? Deutschland ist entwaffnet. Es heißt das Sicherheitsproblem völlig verschieben, wenn man es trotzdem nur darauf beschränken will, Schutz gegen deutsche Angriffe als seinen Inhalt zu betrachten. Gerade umgekehrt: wir können den Schutz unserer Grenzen fordern, da wir sie selbst nicht schützen können. Ebenso wahre wie für die Entente reichlich unbequeme Feststellungen.

Die deutschen Sicherheitsvorschläge gehen von dem einfachen Gedanken aus, daß die französische Politik seit 1919 ein solches Garantieabkommen unbedingt verlangt. Über die Gründe zu debattieren ist zwecklos, das Verlangen ist eben einfach da, mit ihm muß gerechnet werden. Und jede Lösung ohne Deutschland wäre eine Lösung gegen Deutschland. Auf diese Formulierung bringt Stresemann die Notwendigkeit für Deutschland, in die Verhandlungen eingegriffen zu haben und namentlich dadurch dem ungewissen Zustand an unserer Westgrenze durch eine klare Regelung ein Ende zu machen. Und Stresemann scheut sich nicht, entschieden auf die Tatsache hinzuweisen, daß wir fast fünf Monate ohne Antwort geblieben sind. Und eine weitere Beruhigung deutscher Kritiker wird die Erklärung Stresemanns sein, daß wir gar nicht daran denken, eine gewaltsame Änderung unserer Ostgrenze herbeizuführen, aber ebensowenig auch daran, etwa die deutschen Ostgrenzen nochmalig anzuerkennen, die doch im Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogen worden sind. Die bleiben für uns nicht eine auf immer unabänderliche Tatsache Schon deswegen nicht, weil eine derartige Anerkennung eine deutliche Spitze gegen Rußland und gegen unsere seit Rapallo eingeleitete Ostpolitik bedeuten würde.

Die Formulierungen Stresemanns in der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund lehnen es ab den Eintritt etwa zu verknüpfen mit der Regelung der Räumungsfrage. Er erklärt darüber hinausgehend, daß man an ein Eintreten überhaupt nicht denken könne, ehe nicht zum mindesten die Räumung der Kölner Zone durchgeführt sei. An uns soll's nicht fehlen, mit den anderen im Geist vertrauensvoller Verständigung zusammenzuarbeiten. Aber von diesem Geiste — das ist etwa der Leitsatz der Ausführungen Stresemanns — haben wir politisch wirklich bisher kaum noch etwas zu spüren bekommen. Wir wollen den Frieden, so schließt er, aber er knüpft die Forderung daran, daß wir auch die Gleichberechtigung im Kreise der Völker erhalten.

Die neue Zolltarif-Novelle der Reichsregierung.

Berlin, 20. Mai. Die Reichsregierung hat gestern abend den Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen veröffentlicht, nachdem sie ihm bereits vormittag dem Reichsrat übergeben hatte. Das Schriftstück umfaßt 176 Seiten und enthält außer dem eigentlichen Entwurf und der umfangreichen Begründung eine Liste der einzelnen Warengattungen mit den vorgeschlagenen Zollsätzen, eine Gegenüberstellung der Vorkriegszölle und der geltenden und der in Aussicht genommenen Zollsätze und eine Zusammenstellung der noch gültigen vorübergehenden Zollerleichterungen nach dem Stande vom 6. Mai 1925. Die Vorlage betont, daß die Erhöhung von Industriezöllen ohne die gleichzeitige Wiedereinführung von Agrarzöllen den Gang der Wirtschaft auf das Schwerste beeinflussen würde. Der Entwurf sieht an Zollsätzen vor: Für einen Doppelzentner Roggen 3 Mark, Weizen und Spelz 3,50 Mark, Gerste 2 Mark, Hafer 3 Mark usw. Außerordentlich handelspolitische Bedeutung ist den Pferdezöllen zugeschrieben, der für ein Stück 500 Mark beträgt. Verbrauchszucker wird mit 10 Mark je Doppelzentner bezollt. Die Zollsätze für Holzwaren sind um durchschnittlich 30 v. H. erhöht. Für Maschinen sind die bestehenden Zollsätze im allgemeinen beibehalten. Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen technischen Arbeiten werden so umfangreich sein, daß das Gesetz frühestens zwei Monate nach seiner Verkündung in Kraft treten kann.

Ministerreden zur Zollvorlage.

Die Reichsregierung hatte am Dienstag abend zu einer Pressebesprechung eingeladen, in der die Zolltarifnovelle behandelt wurde. Zuerst kennzeichnete Reichskanzler Dr. Luther in großen Zügen die zollpolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die die Reichsregierung bei der Abfassung dieser vorläufigen Zolltarifnovelle geleitet haben.

Darauf führte der

Reichswirtschaftsminister Neuhaus

unter anderem aus: Die handelspolitischen Gründe für die Zolländerungen liegen darin, daß wichtige Konkurrenz- und Absatzländer sich mit einem starken Zollschutz umgeben haben. Auf Grund der Erfahrungen bei den bisherigen Handelsvertragsverhandlungen wurde der Ausbau des deutschen Zolltarifs notwendig. Die vorgeschlagenen Sätze sollen im allgemeinen keine unverrückbaren Mindestsätze darstellen. Einen besonderen Charakter haben die Automobil- und Traktorenzölle. Der deutschen Industrie muß eine Frist gewährt werden, um sich umzubauen und den Vorsprung der ausländischen Automobilindustrie einigermaßen einzuholen. Bei der Textilindustrie ist zum Erwerb der Rohstoffe das doppelte Kapital wie früher notwendig. Eine Zollerhöhung in großem Umfange war deshalb notwendig. Auch der chemischen Industrie muß durch einen mäßigen Zollschutz ein gewisser Vorsprung im Inlande gegeben werden. Die Grundzölle der Eisenindustrie, besonders der Roheisen- und Stabeisenindustre werden durch den Entwurf nicht berührt. In der Maschinenindustrie sind die Zölle allgemein nicht erhöht worden. Die Zollnovelle soll die Unterlage für die Handelsvertragsverhandlungen und damit für wechselseitige Verträge, für den Abbau der Zollschranken bilden.

Darauf nahm

Reichsernährungsminister Graf Kanitz

das Wort zur Begründung der Wiedereinführung und Neuregelung der landwirtschaftlichen Zölle. Die Reichsregierung, so führte er aus, ist der Auffassung, daß diese Frage lediglich vom wirtschaftlichen Standpunkt zu behandeln ist. Deutschland braucht heute mehr denn je eine starke Landwirtschaft, die imstande ist, den Nahrungsmittelbedarf so weit als irgend möglich, aus eigener Erzeugung zu schaffen. Nach Auffassung der Sachverständigen wird es der deutschen Landwirtschaft möglich sein, in kurzer Zeit ihre Produktion ganz erheblich zu steigern. Diese Produktionssteigerung ist aber zur Milderung oder gänzlichen Beseitigung der Passivität unserer Handelsbilanz notwendig. Der Einfuhrüberschuß des Vorjahres von rund 2,7 Milliarden Mark entspricht ungefähr dem Werte der landwirtschaftlichen Erzeugung, die bei der an sich möglichen Steigerung der heimischen Produktion aus eigener Scholle hätte gewonnen werden können. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat trotz zum Teil mehr als ausreichender einheimischer Erzeugung einen außerordentlichen starken Umfang angenommen. Die heimischen Erzeugnisse sind dagegen vielfach nicht mehr abzusetzen gewesen. Eine Extensivierung der deutschen Landwirtschaft muß unter allen Umständen verhindert werden. Nach statistischen Schätzungen betrug die gesamte industrielle Produktion im Jahre 1913 etwa 20,2 Milliarden Mark, die der Landwirtschaft etwa 18,4 Milliarden Mark. Der Gesetzentwurf sieht einmal die Anknüpfung an das Getreideschutzzollsystem der Vorkriegszeit vor. Gerade die Preisentwicklung des letzten Jahres hat gezeigt, welche Bedeutung ein starker heimischer Getreideanbau für die Versorgung des deutschen Volkes hat. Die deutsche Landwirtschaft hat mit Erfolg den Versuch unternommen, die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Kartoffeln wie in der Vorkriegszeit vom Auslande unabhängig zu machen. Tatsächlich kann die deutsche Bevölkerung schon ohne weiteres aus deutscher Ernte versorgt werden. Die deutsche Landwirtschaft ist an sich in der Lage, den jetzigen Fleischbedarf der Bevölkerung, der 41 Kilogramm für den Kopf der Bevölkerung beträgt, und somit imstande, die Fleischversorgung, wie im Jahre 1900 vollständig zu decken.

Große Aussprache der Parteien

Deutscher Reichstag.

(63. Sitzung.) CB. Berlin, 19. Mai.

In Fortsetzung der zweiten Lesung der Etats des Reichskanzlers, des Auswärtigen Amtes und des Reichspräsidenten kamen die Parteien zum Wort und es begann die

Debatte über die Regierungserklärungen

durch den Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Als erster Redner begann damit

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.). Er führte aus, durch die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg habe die deutsche Politik für die Außenwelt ein anderes Gesicht bekommen. Die Gegnerschaft seiner Partei zu der von Hindenburg verkörperten politischen Auffassung mindere jedoch nicht, dem Präsidenten der Republik den Respekt entgegenzubringen, der ihm als Person und vor allem seinem Amte gebühre. Es wäre eine unqualifizierte Verdächtigung, wenn die Sozialdemokratie auch nur im geringsten annehmen wolle, daß Herr von Hindenburg seinen Eid nicht durchaus ehrlich geschworen habe. Sie würde vielleicht genötigt sein, ihn gegen seine eigenen Freunde und Interpreten zu verteidigen. Der Kampf der Deutschnationalen richte sich vor allem gegen den von der Regierung Luther vorgeschlagenen Sicherheitspakt. Seine Partei könne nicht zugeben daß Deutschland damit im Westen etwas aufgibt, worüber es sonst verfügen könnte. Seine Freunde hielten die Grenze im Osten keineswegs für gerecht und unabänderlich, aber sie unterstützten keine Politik, die jemals darauf ausgeht, diese Grenzen gewaltsam durch einen Krieg zu ändern. Sie rechneten vielmehr auf eine spätere Änderung durch Schiedsgerichte oder durch Institutionen des Völkerbundes. Es scheine, daß Deutschland den Sicherheitspakt erst erreichen kann, wenn es in den Völkerbund eingetreten ist. Die Sozialdemokraten hätten den Völkerbund niemals für ihr Ideal angesehen. Er habe deutschlandfeindliche Entscheidungen gefällt, aber er werde sicher nicht deutschlandfreundlicher, wenn Deutschland ihm fernbleibt. Über die Räumung des Ruhrgebietes sei gar nicht zu disputieren. Sie müsse nach Recht und Gesetz am 15. August erfolgen. Seine Freunde

protestierten gegen die Weiterbesetzung der Kölner Zone.

Das rheinische Volk habe gerade jetzt durch die Jahrtausendfeier ein lautes Bekenntnis zum Deutschtum abgegeben. Seine Partei verlange für Deutschland Gleichberechtigung und fordere, daß auch die andern Staaten die Abrüstung nach dem Deutschland aufgezwungenen Maßstabe begönnen. Die Regierung solle sich nicht dem Wahne hingeben, sie könnte die Innenpolitik mit der Rechten, die Außenpolitik mit der Linken, den Zolltarif mit der Rechten, den deutsch-spanischen Handelsvertrag mit der Linken machen. Eine solche Politik mit doppeltem Boden mache seine Partei nicht mit.

Abg. Graf Westarp (Dn.) meinte, England habe Deutschland bei den Dawes-Verhandlungen ganz bestimmte Zusagen über die Beschleunigung der Ruhrräumung gemacht, aber keine dieser Zusagen gehalten. Die Zusage der Ruhrräumung